

Bundes- und Europapolitik

Mitgliederinfo (Ukraine spezial)

Gestern erklärte sich Bundeskanzler Scholz vor dem Bundestag zu seiner Ukraine-Politik. Mit Superlativen wurde danach nicht gespart, von einer historischen Debatte wurde gesprochen. Doch können die neuen Töne von der Regierungsbank die Fehler der Vergangenheit verdecken? Stellen sie wirklich einen Aufbruch in eine neue Zeitrechnung dar? Wird die verschriene *Realpolitik* wieder zur Leitschnur unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einschätzung in dieser Spezialausgabe zum Ukraine-Konflikt und zur gestrigen Bundestagsdebatte.

1) Das schlechte Gewissen weggeklatscht

NR. 8, 28. FEBRUAR 2022

Bernd Barutta, FW Landesvereinigung
Baden-Württemberg

Das schlechte Gewissen weggeklatscht

Stehende Ovationen im Bundestag / Zeitenwende oder kurzfristige Krisenbewältigung?

Historisch – so bewerteten viele Kommentatoren die gestrige Bundestagsdebatte. Und in der Tat, es gab Ankündigungen zu hören, die bis vor wenigen Tagen noch als unaussprechlich galten. Sozialdemokraten und Grüne vermittelten den Eindruck, aus ihrem **Dornröschenschlaf** von „werteorientierter Außenpolitik“ aufgewacht zu sein: Waffenlieferungen an die Ukraine, ein Milliarden-Programm für den Aufbau einer funktionierenden Bundeswehr sowie Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Russland, die den Namen auch wirklich verdienen. Tabubrüche im Sekundentakt. Endlich erkennen die rot-grünen Führungskräfte, dass Russlands Präsident Putin mit purer Diplomatie nicht beizukommen ist. **Die Welt braucht eben doch eher eine an Fakten ausgerichtete Realpolitik als ein an theoretischen Ideen, Werten oder abstrakten Programmen ausgerichtetes Handeln.** Womöglich kommt diese Erkenntnis für die Ukraine zu spät. Kann sie als souveräner Staat noch gerettet werden?

Vor allem für grüne Politiker sollte endlich die Welt der Gutmenschentums wie ein Luftballon geplatzt sein. Und Politikwissenschaftler werden kurzfristig in die Bibliotheken ihrer Universitäten eindringen, um in Regalen nach längst **verstaubten Abhandlungen** über Abschreckungstheorien und der **mutually assured destruction** (der gegenseitigen gesicherten Zerstörung) zu suchen. In den kommenden Tagen bleibt nur zu hoffen, dass **der Lehrsatz der nuklearen Abschreckung** Bestand hat und nicht durch einen selbstmörderischen russischen Präsidenten außer Kraft gesetzt wird – es wäre das Ende der Zivilisation.

Mit **stehenden Ovationen** wurde dem ukrainischen Botschafter auf der Besuchertribüne gestern gehuldigt und staatsmännisch von der uneingeschränkten Solidarität mit dem ukrainischen Volk gesprochen – als hätte es das Zaudern und Verzögern des Kanzlers und seines Regierungsteams nie gegeben. Einerseits beeindruckend, andererseits auch nicht ganz frei von **Heuchelei**.

Die **CDU-Opposition** wollte sich der Anerkennung für die Regierungsparteien nicht verschließen und begrüßte die allseits beschworene „Zeitenwende“. Doch kein Wort darüber, dass die christdemokratische Ex-Kanzlerin Merkel mit ihrem Schmusekurs gegenüber dem Russen-Diktator und einer Gleichgültigkeit gegenüber der Bundeswehr ebenfalls mit nicht unerheblicher Naivität zur aktuellen Kriegsmisere beigetragen hat. Und nicht zuletzt: Das Verteidigungsministerium war seit 2005 ununterbrochen in CDU/CSU-Hand.

Die sonntägliche Debatte versetzte die Parlamentarier in einen emotionalen Zustand der Ekstase, so als ob sie mit ihren anhaltenden Beifallsbekundungen eigenes Zaudern, grobe Fehleinschätzungen und mangelnde Unterstützung der Ukrainer wegklatschen könnten.

Die Tageszeitung **Die Welt** formulierte es gestern zusammenfassend treffend: „Dass Russlands autoritäres Gebaren in Europa so lange toleriert wurde, hat auch mit Deutschland zu tun. Blickt man

auf die vergangenen 15 Jahre, so hat kein anderes Land Putin so viel verziehen wie die Bundesrepublik.“ Es sei die Geschichte eines **historischen Versagens**. Dies schließt ein, dass die Bundesregierung vielfach über die Köpfe osteuropäischer Partner sowie ehemaliger Sowjetrepubliken ihre moskaufreundliche Politik formuliert hat.

Schon in der ersten Februarausgabe des Infobriefs haben wir darauf hingewiesen, dass der mögliche Nato-Beitritt der Ukraine 2008 leichtfertig von der Bundesregierung mit Rücksicht auf Russland verworfen wurde. Deutschland und Frankreich wollten ein Signal nach Moskau senden, dem Bestreben der Kreml-Regierung nach einem Puffer zwischen den Blöcken nachzugeben.

Ein **fataler Fehler**, denn die Mehrheit der Menschen in der Ukraine wollte und will die alte Sowjetdiktatur hinter sich lassen – militärisch und ökonomisch. Die **Sehnsucht der Menschen** in der Ukraine nach mehr Luft zum Atmen war der westlichen Welt schlechterdings unwichtig. 2013 setzte sich das Trauerspiel fort, als die EU eher **herablassend** die Aufnahmeverhandlungen mit der Kiewer Regierung führte und ein Scheitern unausweichlich wurde. Das ukrainische Volk rebellierte und wollte von einer Politik zwischen den Blöcken nichts wissen. Sie wollten als Bürger eines souveränen Staates wirtschaftliche Entwicklung und die **demokratische Lebensweise der westlichen Welt**. Während die EU-Staaten noch an Diplomatie glaubten, ließ Putin in Donezk und Luhansk Putschisten aufmarschieren. Auf die Fehler in der damaligen Situation haben wir bereits in der letzten Mitgliederinfo hingewiesen.

Die Reaktion von Nato und EU war 2014 zögerlich, der Status quo wurde akzeptiert, europäische und insbesondere deutsche wirtschaftliche Interessen waren wichtiger. Sanktionen wurden nur halbherzig umgesetzt. Ausgerechnet in dieser Zeit war die Geburtsstunde von Nord Stream 2.

Denn die Wahrheit ist: **Nicht der in der vergangenen Woche begonnene Krieg stellte ein Überschreiten einer roten Linie dar, sondern diese war bereits mit der Besetzung der Krim und der Okkupation der ostukrainischen Provinzen überschritten.**

Auch bei den **FREIEN WÄHLER** gab (und gibt?) es Stimmen, die der westlichen Welt – namentlich den USA - vorhalten, russische Sicherheitsinteressen nicht ausreichend berücksichtigt zu haben. Doch diese Umdeutung ist falsch. Die Nato stellte und stellt keine Sicherheitsgefahr für Russland dar. Putin will sich nicht Panzer vom Leib halten, sondern demokratische Staaten an seiner Außengrenze.

Scholz kündigte bei seiner gestrigen Regierungserklärung an, einen **Paradigmenwechsel** vorzunehmen. An erster Stelle nannte er dabei die Bereitschaft, Waffen an die Ukraine zu liefern und 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr zu investieren. Ebenso werde die Bundesregierung die Sanktionen gegen Russland ausdehnen, und das Streben aller müsse es sein, die Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen zu verringern, wozu auch der Bau von Schiffterminals für Flüssiggaslieferungen gehöre.

Für **Klimaminister Habeck** ist der Ukrainekrieg eine Steilvorlage: Er sieht darin die Chance, die Energiewende in Deutschland schneller voranzutreiben, noch konsequenter die erneuerbaren Energien zum Einsatz zu bringen, um Abhängigkeiten von Kohle und Gas zu verringern. Vor lauter

Euphorie kam dabei in der Diskussion zu kurz, dass eine immer schnellere Energiewende an ihre Grenzen stößt und eine rasche Abkehr von Kohle und Gas als fossile Brennstoffe kaum möglich ist. Bei Kohle- und Gaslieferungen gilt es, neue Lieferanten zu finden und flexibel auf Ausfälle reagieren zu können. Fehlt Gas, muss die langfristige Option bestehen, Kohlekraftwerke wieder hochzufahren.

Was nach diesem Tag im Deutschen Bundestag bleibt, ist die offene Frage, wie konsequent die Ampel-Regierung ihren neuen **sicherheits- und außenpolitischen Kurs durchhält** oder ob sie nach einem Ende des Krieges schnell wieder in alte Denk- und Handlungsmuster verfällt. Denn allein ein Schweigen der Waffen in der Ukraine ist noch kein Grund, den eingeschlagenen Kurs zu ändern. Für die Menschen in der Ukraine wäre ein Ende der Kampfhandlungen eine Erlösung, für eine wiedererstartete **weltpolitische Friedensordnung** braucht es mehr.

Der Druck der Parteibasis bei SPD und Grünen, bei allen, die links der Mitte stehen, wird schnell wieder zunehmen. Der Vorsitzende der **Grünen Jugend** Timon Dzienus bemängelte gestern bereits, dass „jetzt ... nicht der Zeitpunkt für langfristige aus- und aufrüstungspolitische Debatten“ sei. Und die Links-Postille **taz** bezeichnete Scholz als Kriegskanzler und warnte in ihrer gestrigen Onlineausgabe vor einem neuen deutschen Militarismus und schreibt: „Die pazifistische Haltung, die Deutschland nach den **monströsen** deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg geschlossen eingenommen hatte, endet ausgerechnet in einer Auseinandersetzung mit der Nation, die maßgeblich zur Befreiung Deutschlands beigetragen hat.“

Als aufstrebende politische Kraft ist es Aufgabe der **FREIEN WÄHLER**, immer wieder die Stimme zu erheben, wenn in Berlin die jetzt ausgerufenen Zeitenwende wieder zum zurückgedreht werden soll.

Es wird sich zeigen, ob die im Bundestag viel **beklatschte Zeitenwende** einen historischen Einschnitt für die deutsche Politik bedeutet oder ob das Historische nur die Tatsache war, dass der Bundestag erstmals an einem Sonntag zusammentrat. Und hoffen und beten wir alle, dass aus dem Ukrainekrieg kein Flächenbrand wird, der in einer **atomaren Katastrophe** endet.

Quellen u.a.: <https://taz.de/Regierungserklaerung-zum-Ukraine-Krieg/!5834935/> ,
<https://www.handelsblatt.com/dpa/unruhen-konflikte-und-kriege-deutschland-reagiert-auf-putins-aggression/28110960.html?ticket=ST-4027065-woez6LAeG72kFK2Wcjdr-ap3> ,
<https://www.welt.de/politik/ausland/plus237140631/Russland-Deutschlands-Unterwerfung-Geschichte-eines-historischen-Versagens.html>, <https://www.spiegel.de/politik/gipfel-des-scheiterns-a-2fd04197-0002-0001-0000-000130458613>